

Die politische Öffentlichkeit und die Zeitungen in Lüdenscheid haben sich in jüngster Zeit intensiv mit der kommunalen Finanzkrise beschäftigt. Doch die kritische Situation Lüdenscheids reicht weiter und tiefer. Nicht nur die finanzielle Handlungsfähigkeit ist gefährdet. Auch der Handlungsrahmen selbst wird zunehmend eingeengt. (Stichworte sind hier: HSK und der sog. § 81).

Die Parteien- und Politikverdrossenheit, die in zunehmender Wahlenthaltung sichtbar wird, erschwert die kommunale Demokratie. Doch genau diese gilt es zu verteidigen: Die Städte und Gemeinden sind in Deutschland die Aufgabenträger der örtlichen Daseinsvorsorge in demokratischer Verantwortung.

Drei Faktoren bereiten Lüdenscheid besonders große Sorgen: ein Tief bei den Investitionen, sowie ein Hoch bei den Kassenkrediten und (teilweise) bei den Sozialausgaben. Diese Fakten machen deutlich, dass eine Gemeindefinanzreform, die leider bisher ausgefallen ist, dringend erforderlich ist.

Einige Zahlen machen dies deutlich:

- Die Investitionen in den Kommunalhaushalten liegen inzwischen um 40 Prozent unter dem Niveau von 1992. Sie sind damit um 13,5 Milliarden Euro auf rund 20 Milliarden Euro jährlich gesunken.
- Die Kassenkredite aller Kommunen beliefen sich Ende 2004 auf 19,3 Milliarden Euro. Das waren 12 Milliarden Euro mehr als vier Jahre zuvor.
- Die Sozialausgaben der Kommunen sind allein in den Jahren 2000 bis 2004 um 6 Milliarden auf 32,25 Milliarden Euro gestiegen. Das ist ein Zuwachs von fast einem Viertel. Seit 1992 sind die Sozialausgaben sogar trotz der Entlastungen durch die Pflegeversicherung um fast die Hälfte gestiegen.

Die schwerste Finanzkrise der Städte seit Bestehen der Bundesrepublik hat tiefe Spuren auch in Lüdenscheid hinterlassen. Sie sind auch für die Bürgerinnen und Bürger durch sanierungsbedürftige Infrastruktur wie marode Straßen oder Schulgebäude sichtbar. Unsere Forderung ist: Der Verfall der Infrastruktur muss gestoppt und durch Spielräume für kommunale Investitionen umgekehrt werden. Auf Steuererhöhungen will die Stadt in diesem Jahr verzichten. Sie sind aber- wie schon prognostiziert- für 2006 nicht auszuschließen. Das darf nicht sein! Die Realsteuern, insbesondere der Gewerbesteuerhebesatz von 432 v.H. für die Gewerbesteuer sollte reduziert, bzw. langfristig durch andere

Steuerkonzepte ersetzt werden. Verwiesen sei hier auf vier Steuermodelle der Universität Köln, die ich hier im Einzelnen nicht noch einmal ausführen möchte. Nur so sehen wir die Möglichkeit weiterer Gewerbeansiedlungen in Lüdenscheid langfristig gesichert. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sollten von dieser Veränderung überdurchschnittlich profitieren.

Nach Jahren des Schuldenabbaus müssen allerdings 2005 neue Kredite von über 10 Millionen Euro aufgenommen werden, um umfangreiche Investitionen insbesondere für die Neugestaltung des Rathauses und seines Umfeldes finanzieren zu können. Hier wurde in diesem Jahr ein Kreditbedarf von 15,6 Millionen Euro errechnet, dem lediglich Tilgungen in Höhe von 5,4 Millionen Euro gegenüberstehen. Diese Maßnahme der Neugestaltung und des Umbaus erfolgt mit unserer - kritischen - Unterstützung. Wir sehen, dass in vielen Städten Südwestfalens, gerade im „Herzen der Stadt“ investiert wird (s. Hagen und Siegen). Lüdenscheid darf da in keiner Weise zurücktreten. Deshalb sind wir auch nachdrücklich dafür, dass der Umbau des Sternplatzes, der Altenaer Str., der Fußgängerbrücke und der Bau der Parkpalette zügig weiter geht. Eine Verzögerung oder gar ein Baustopp wäre eine Katastrophe aus unserer Sicht. Lüdenscheid muss als Einkaufsstadt attraktiv und lebendig bleiben! Mögliche Investoren müssen mit allen Mitteln nach Lüdenscheid geholt werden. Zugeständnisse auch im finanziellen Bereich sollten erwogen werden. Wichtig ist unseres Erachtens die Wiederbelebung des ehemaligen Peek und Cloppenburg - Kaufhauses und die bessere Ausstattung des Forums. Auch für die sog. 1-Euro-Läden sollte immer versucht werden adäquaten Ersatz zu finden. Die konzeptionelle Ausstattung des ehemaligen Multistore-Gebäudes sollte dringend überdacht werden. Auch die Bebauung des „Gänsegärtchens“ darf in keinem Fall völlig aufgeben werden.

Die Leerstände in der Wilhelmstraße müssen behoben werden. Das kann und muss zur „Chefsache“ erklärt werden, wie auch die vorher genannten Baumaßnahmen.

Die Umstrukturierung der ZGW und die Installierung eines Controllers zur Baukostenüberprüfung kann da nur von Vorteil sein. Auch die sog. 1b-Lagen - hier seien insbesondere die Knapper Str. und die Kluser Str. genannt - sind in einem beklagenswerten Zustand.

Nach einem Rundgang von AfL- Mitgliedern in den letzten Tagen sind viele Missstände auffällig geworden:

- Der Branchenmix stimmt nicht mehr. Zu beklagen ist eine auffällige Häufung von Döner-Läden bzw. sog. „Game- und Wettbüros“.
- Häuser, wie in der Kluser- und Werdohler Str. befinden sich in

einem sehr schlechten Zustand, der teilweise schon lange zu bemängeln ist.

- Ein Prozess des schleichenden Verfalls findet insbesondere im östlichen Stadtteil statt.

Der Verfall geht Hand in Hand mit einer abstoßenden Verschmutzung, bei der Kellerlöcher als Abfalleimer missbraucht werden.

Die gesamte Infrastruktur an der Kluse ist ein „Trauerspiel“.

Unser Hauptanliegen ist es, das Problem der Arbeitslosigkeit und seiner Folgen in Lüdenscheid zu bekämpfen.

Uns geht es darum, 4677 Menschen, das sind 11,5% Arbeitslose, Anfang März 2005, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Dazu haben wir einen „runden Tisch“ gefordert. Mit Arbeitgebern, Gewerkschaften, Vertretern aus Politik und Verwaltung, dem Bürgermeister, Jugend- und Sozialverbänden und den Kirchen. Dieses Anliegen, die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu bekämpfen, treibt uns nicht erst seit dem heutigen Tag um.

Wir werden auch in Zukunft den Finger in die Wunde „Hartz IV“ legen.

Informationsstände sind von uns zu diesem Thema im monatlichen Abstand geplant. Dazu haben wir uns einen kompetenten Partner im „Bündnis soziale Bewegung, MK“ ins Boot geholt.

Themen, wie „Eigenleistung“, „Serviceleistung“, „Förderleistung“, „Geldleistung“ werden wir in diesem Jahr thematisieren. Dazu hoffen wir, dass die Bundesregierung auf einigen Gebieten noch nachbessern wird. Bekommen wir keine neuen Arbeitsplätze in Lüdenscheid (und damit meine ich keine 1-Euro-Jobs) oder gehen noch weitere verloren, ist alles, was wir hier gemeinsam für die Zukunft unserer Stadt planen, für uns nur Makulatur.

Nachdem die Geldleistungen im Rahmen von Hartz IV umgestellt worden sind, steht jetzt die bessere Betreuung und Förderung der Langzeitarbeitslosen als zentrale Aufgabe an.

Hauptziel der jeweiligen Maßnahmen ist die Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen im Rahmen gemeinnütziger Tätigkeiten für und in der Stadt Lüdenscheid. Durch die Maßnahmen sollen die Teilnehmer/innen im Rahmen einer Erwerbstätigkeit, die den realen Bedingungen möglichst entspricht, getestet und auf die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben vorbereitet werden.

Zur Vorbereitung der Leistungsempfänger nach dem SGBII auf die Erfordernisse des ersten Arbeitsmarktes sollen gemeinnützige Tätigkeiten zur Verbesserung der Infrastruktur der Stadt Lüdenscheid durch Herrichten und Verschönern öffentlicher Einrichtungen und

Anlagen wahrgenommen werden. Weiterhin werden gemeinnützige Tätigkeiten in den in der Stadt Lüdenscheid ansässigen Seniorenheimen sowie bei freien Trägern angeboten.

Mit dem Personalrat der Stadt Lüdenscheid fordern wir, dass bei diesen Tätigkeiten nicht nur vielseitige Fertigkeiten durch die Träger vermittelt werden, sondern, dass auch ein praxisorientierter Unterricht angeboten werden muss, der evtl. vorhandene Defizite auch in diesem Bereich beheben kann und muss.

Es darf nicht sein, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nur im Bereich der sog. Primärtugenden ,wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Belastbarkeit - wie leider immer wieder herausgestellt wird - stabilisiert werden.

Die Maßnahmen haben eine Laufzeit von zunächst 12 Monaten. Start war der 1. Januar 2005. An den Maßnahmen können insgesamt 175 Leistungsbezieher für einen Zeitraum von bis zu 6 Monaten gleichzeitig teilnehmen, was einer jährlichen Zahl von 350 Personen entspricht. Wir werden diese Maßnahmen sehr sorgfältig beobachten und gegebenenfalls Korrekturen einfordern.

Nach der Mindestanforderungsverordnung des BMWA sollen mit den sogenannten 1-Euro-Jobs zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Aufgaben wahrgenommen werden. Konkretisiert wird diese Forderung durch eine gemeinsame Erklärung der kommunalen Spitzenverbände, der Bundesagentur für Arbeit, sowie der in der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeitenden Spitzenverbände zur Gestaltung der öffentlich geförderten Beschäftigung im Rahmen des SGBII.

Zusatzjobs dürfen - und das ist uns ganz wichtig - keine regulären Beschäftigungsverhältnisse verdrängen oder die Neueinrichtung verhindern (Zusätzlichkeit). Sie müssen im öffentlichen Interesse liegen. Auch diese Vorgaben werden wir sehr kritisch überwachen.

Hinsichtlich der Zusätzlichkeit der Arbeitsgelegenheiten ist § 19 Abs. 2 BSHG entsprechend anzuwenden. Zusätzlich in diesem Sinne ist nur Arbeit, die sonst nicht, nicht in diesem Umfang oder nicht zu diesem Zeitpunkt verrichtet würde.

In diesem Zusammenhang liegt uns die Gründung einer „Arbeitsloseninitiative“, die Lüdenscheid schon einmal hatte, am Herzen. Im Zuge von Hartz IV erhöhen die Länder ihre Zuweisungen an die Kommunen im Jahr 2005 zwar, weil sie dies im Zuge der Arbeitsmarktreform tun müssen. Aber sie wollen diese Gelegenheit gleichzeitig nutzen, um einen Teil der freiwerdenden Mittel aus Hartz IV für die Sanierung des eigenen Haushalts einzubehalten oder andere

Zuweisungen kräftig zusammenzustreichen. Gegenüber 2004 werden so die Zuweisungen der Länder faktisch um 2 Milliarden Euro gekürzt. Das ist einer der Hauptgründe, warum 2005 ein erneuter Anstieg des Gesamtdefizits der Kommunen vorhergesagt werden muss.

Im Umweltbereich sehen wir die Entwicklung des Agenda-Prozesses mit Freuden. Wir begrüßen die Ausstellung im April in den Räumlichkeiten des Stern-Centers.

Die Arbeiten, wie z.B. am Modell zum Waldkreislauf, der Erstellung eines Fußwegeplanes, Rundweg am Höher Kopf und die Arbeiten der Projektgruppe Stadtpark finden unsere ausdrückliche Unterstützung. Besonders freuen wir uns über die Einführung des Lüdenscheider Fair-Kaffees.

Das Projekt eines generationsübergreifenden Wohnens halten wir für Lüdenscheid für überaus sinnvoll. Entsprechende Vorschläge sind von uns in der Vergangenheit bereits getätigt worden (Modell Niederlande und Thüringen)

Der Schutz des Brügger Falkenhöhwaldes liegt uns besonders am Herzen. Wir danken an dieser Stelle Herrn Künsting für sein überaus wertvolles Engagement.

Mit Frau Wilfert haben wir eine kompetente Ansprechpartnerin in Sachen Agendaprozess gefunden.

Die „Lichtkonzeptionen“ der Stadt Lüdenscheid beobachten wir mit großem Interesse. Die Lichtkunst hat Lüdenscheid weit über die Grenzen hinaus bekannt gemacht. Die Ideen, die schon verwirklicht wurden, bzw. noch verwirklicht werden sollen – wie Märchenwald und Parkräume, um nur zwei zu nennen- sind für eine Stadt wie Lüdenscheid eine Aufwertung und geben auch uns eine künstlerische Inspiration in dieser Richtung weiterzudenken.

Aber Kunst muss auch bezahlbar bleiben, und zwar für jedermann/frau. Die Eintrittspreise für das Kulturhaus müssen adäquat gefasst werden. Vergünstigungen für Familien, Jugendliche., Schüler, sozial Schwache usw. müssen angedacht und umgesetzt werden.

Wir danken dem Kulturdezernenten Herrn Theissen und dem Kulturhausleiter Herrn Weippert, dass sie Herrn Sparing Gelegenheit geben ,mit seinem Ensemble im Kulturhaus weiterarbeiten zu dürfen. Die neugestaltete Galerie in den Städtischen Museen besticht durch eine gelungen Neukonzeption dank der Kreativität der Frau Möller und ihres Einfallsreichtums. Wir hoffen, auch weitere Ausstellungen in den Räumen sehen zu dürfen.

Ein besonderes Augenmerk gilt den Vereinen unserer Stadt. Die kleinen und großen Vereine Lüdenscheids sind es, die das gesellschaftliche Leben der Kommune prägen.

Finanziell müssen sie unterstützt werden. Die Jugendarbeit muss auch von der politischen Seite gefördert werden. Die Ausstattung der Vereinsräume muss sicher gestellt werden.

Zwei große Bereiche liegen uns noch am Herzen: die Jugendlichen und die Senioren/innen unserer Stadt.

Nicht vergessen sollte man, dass den Jugendlichen eine Disco versprochen wurde. Hier mahnen wir weitere Überlegungen an. Sollte es nicht möglich sein, einen Investor für ein solches Projekt nach Lüdenscheid zu holen, sollte zumindest noch einmal über einen Schnellbus nach Hagen in den Nachtstunden nachgedacht werden. Ein Jugendzentrum, wie immer wieder versprochen, gehört zu den Überlegungen, für Jugendliche die Stadt attraktiver zu machen. Den Bahnhof Brügge noch einmal zumindest als Jugendtreff in Erwägung zu ziehen, halten wir für sinnvoll.

Das muss allerdings in Abstimmung mit der Stadtteilkonferenz Brügge geschehen.

Die Seniorenbefragung für Lüdenscheid ist in Arbeit und auf einem guten Weg. Wir hoffen, dass sich aus den Fragebogen weitere Anregungen für die älteren Bürger unserer Stadt ergeben.

Ein Konzept „Leben der verschiedenen Generationen in unserem Gemeinwesen“ findet unsere Unterstützung.

Besondere Zuwendung werden wir - wie in der Vergangenheit - den Behinderten unserer Stadt zukommen lassen.

Wir möchten, dass der Stadtführer für Menschen mit und ohne Behinderung „Unterwegs in Lüdenscheid“ aus dem Jahre 1997 aktualisiert und überarbeitet wird.

Ein wichtiger Aspekt der kommunalen Arbeit sind die Stadtteilkonferenzen. Hier treffen sich Bürgerinnen und Bürger, um ihre Gedanken und Anregungen auszutauschen. Ihr Stadtteil liegt ihnen am Herzen. Diese Stadtteilkonferenzen müssen arbeiten können. Dazu müssen sie finanziell unabhängig sein. Die Funktion der Politik in den Gremien besteht unseres Erachtens darin, dass die Politiker, die selbstverständlich teilnehmen sollen, die Stimmung der Bürgerschaft registrieren und in ihre Fraktionen hineinragen.

Gemeinsames Ziel von uns Allen muss es sein, die Position Lüdenscheids zu stärken, vor allem hinsichtlich seiner Innovations- und Integrationskraft im Spannungsfeld der globalen und lokalen Veränderungen unserer Zeit.

Wir, die Alternative für Lüdenscheid (AfL) werden sowohl dem Haushalt als auch dem Stellenplan in der jetzigen Form zustimmen.
Wir hoffen, dass unsere Überlegungen und Vorschläge auch längerfristig zu fruchtbaren Diskussionen und konkreten Ergebnissen führen werden.

Peter Oettinghaus (AfL)